

Vizekanzler Dr. Hannes Androsch

PERSPEKTIVEN 2000

Referat vor dem Österreichischen Gewerkschaftstag/Wien

13.9.1979

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen!

"Bei einer Eisenbahnerfamilie, die mit zwei Kindern in einer Zimmer-Küche-Wohnung hauste, fanden mein Vater und ich Unterkunft. Freilich, unsere gemeinsame Schlafstelle war ein Notbett in der dunklen Gangküche, das abends immer aufgestellt und frühmorgens entfernt wurde.

Am folgenden Tag zogen wir auf Arbeitssuche aus. Zu jener Zeit gab es für das Baugewerbe keinerlei Arbeitsvermittlung. Die Arbeitssuche spielte sich in primitiver und - wenn wir sie mit unseren heutigen Empfindungen betrachten - in geradezu entwürdigender Weise ab."

Das war zu Beginn unseres Jahrhunderts. Mit seinem Vater auf Arbeitssuche war der Maurerlehrebub Johann Böhm.

"Ein Antrag, der von der steiermärkischen Landesexekutive gestellt wird, geht darauf aus, in absehbarer Zeit in Österreich eine Einheitsorganisation, eine Einheitsgewerkschaft zu schaffen. Ich bin der Meinung, das müsse das Ziel der österreichischen Gewerkschaftsbewegung sein, zur Einheitsorganisation zu gelangen. Der Erfolg ist eher auf unserer Seite, wenn wir uns vornehmen, der Konzentrationsbewegung innerhalb der österreichischen Gewerkschaften, die in der letzten Zeit so ziemlich zum Stillstand gekommen ist, neue Impulse, frischen Antrieb zu geben."

Das war 1931, am 11. österreichischen Gewerkschaftskongreß, dem letzten Kongreß des Bundes Freier Gewerkschaften.

Der Mann, der diese Impulse für eine einheitliche starke Gewerkschaftsbewegung setzen wollte, war der Baugewerkschafter Johann Böhm.

"Wir haben, obwohl wir politisch nicht derselben Meinung sind, vor allem die Notwendigkeit eines gemeinsamen, alle arbeitenden Menschen umfassenden Österreichischen Gewerkschaftsbundes einmütig bejaht. Diese Tatsache ist für mich und, wie ich glaube, für die Gesamtheit der österreichischen Arbeiter und Angestellten von großer Bedeutung. Aus diesem Kongreß wird eine gemeinsame Organisation trotz aller sonstigen Gegensätze gefestigt hervorgehen, und es wird die Überzeugung aller Mitglieder, daß diese gemeinsame Organisation eine Dauereinrichtung sein wird, festigen.

Seien Sie versichert, daß die österreichischen Gewerkschafter die wiedererrungene Demokratie, die wiedererrungene Freiheit zu schätzen wissen, seien Sie versichert, daß sie an ihr in der Zukunft mit Klauen und Zähnen festhalten werden! Die fünf Viertelmillionen österreichischer Gewerkschafter sind mir ein solider Garant für die Demokratie unseres Staates."

Das war 1948 - dem Jahr, in dem der Österreichische Gewerkschaftsbund seinen 1. Bundeskongreß abhielt.

Diese Garantie der österreichischen Gewerkschafter, die wiedererrungene Freiheit und Demokratie mit Klauen und Zähnen festhalten zu wollen, gab der Präsident Johann Böhm, Vorsitzender des 1. ÖGB-Kongresses.

Im Lebensschicksal des Johann Böhm, dem Arbeiter, dem Gewerkschaftsführer, dem Sozialdemokraten und dem Menschen Johann Böhm, spiegelt sich diese stürmische erste Hälfte unseres Jahrhunderts wider.

Es gibt in der Geschichte unseres Landes kaum eine Epoche vergleichbarer Dramatik voll ähnlicher dynamischer Veränderungen, als die erste Hälfte unseres Jahrhunderts.

Und es gibt keine vergleichbare Periode des steten sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstiegs auf so breiter Basis, wie dies in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts, wesentlich geprägt von der gestaltenden Kraft Gewerkschaftsbewegung, bisher erreicht werden konnte. In unserem erst in den letzten Jahren voll entfaltetem Selbstbewußtsein vergessen wir allzu leicht, daß dieses unser Land noch vor wenigen Jahrzehnten ein Staat war, "den keiner wollte".

Obriggeblieben als Rest der Monarchie glaubte niemand an die Lebensfähigkeit dieses "Torsos eines Wirtschaftsgebietes", wie Dr. Karl Renner den im Grunde künstlich geschaffenen Kleinstaat bezeichnete,

dessen unlösbar scheinende Problematik der zweimalige Gründer der Republik in dem Satz zusammenfaßte: " Als Wirtschaftsgebiet ist es einerseits eine Produktion ohne Markt (- gemeint waren veraltete Industrien - Absatzmärkte und Rohstoffe im Ausland), andererseits ein Markt ohne Produktion." Damit war die Landwirtschaft - Wien gemeint.

Und Otto Bauer,

hat in einer großen Parlamentsrede 1919 bereits die bange Frage aufgeworfen, ob die im "Frieden von Saint-Germain" künstlich geschaffenen Nationalstaaten sich entwickeln werden, " ohne daß abermals der ganze Erdteil in Flammen gerät." - Und er hat 1933 am außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokraten, am Vorabend der endgültigen Zerstörung der bereits todkranken Demokratie, rückblickend die hoffnungslose Stimmung in der Geburtsstunde der Ersten Republik noch einmal in Erinnerung gerufen. Er sagte:

"Zerstückelt blieb Österreich nach vierjährigem Krieg, aus tausend Wunden blutend, allein zurück. Es blieb zurück, abgesperrt von den Gebieten, aus denen es vordem seine Rohstoffe und Lebensmittel bezogen und in die es seine Industrieprodukte abgesetzt hatte. Das ganze österreichische Volk hatte plötzlich das Gefühl, allein nicht weiterleben zu können. Und in jenen Tagen, an denen die Straßenbahn stillstand, weil wir keine Kohle mehr bekommen konnten, und Hunger in unseren

Proletariervierteln herrschte, weil kein Brot vorhanden war: in jenen Tagen hat das österreichische Volk als neues Ziel den Anschluß an Deutschland aufgestellt."

Und angesichts der faschistischen Entwicklung in Deutschland resignierend: "Diese Zeit ist vorbei, und wir haben unser Ziel nicht zu verwirklichen vermocht."

Die Zeit war vorbei. Der jungen Demokratie fehlte es außerdem an der politischen Erfahrung und Stärke, der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten halbwegs Herr zu werden. Es gab starke politische Kräfte, die sich mit dem Rennerschen Grundsatz, daß "die beste, sicherste und zugleich humanste Methode zur Umgestaltung der Gesellschaft die Demokratie" sei, nicht anfreunden konnten.

Die Geschichte der Erste Republik ist daher auch eine Geschichte der Aushöhlung der Demokratie und sie ist vor allem eine Geschichte der wirtschaftlichen Zusammenbrüche, der Arbeitslosigkeit und des menschlichen Elends.

Mit dem Zusammenbruch der New Yorker Börse am 24. Oktober 1929 wurden die Hoffnungen auf eine dauerhafte wirtschaftliche Erholung zer-

stört. Die Zahl der Arbeitslosen stieg sprunghaft an.

Waren 1929 in Österreich 192.000 Menschen ohne Arbeit, waren es 1933 557.000 bei 1,6 Mio Beschäftigten. Dies entsprach einer Arbeitslosenrate von 25,9 %.

Von den 557.000 Arbeitslosen waren im übrigen 228.000 ohne jegliche Unterstützung.

Die Folgen waren der Verlust der Freiheit und Zerstörungen.

Nach dem Chaos des Zweiten Weltkrieges haben unsere Arbeiter und Angestellten in des Wortes wahrster Bedeutung ihre Arbeitsplätze aus Trümmern, Schutt und Asche in demokratischer Freiheit selbst geschaffen, und sie haben die wiedererlangte Freiheit 1950 erfolgreich verteidigt.

Liebe Kollegen!

Liebe Freunde!

Der Aufstieg unseres Landes zu einem funktionsfähigen, sich im weltwirtschaftlichen Konkurrenzkampf behauptenden modernen Industriestaat ist untrennbar verknüpft mit dem Wirken der österreichischen Gewerkschaftsbewegung.

Es muß schon seine Gründe haben, daß uns viele andere Industriestaaten um den sozialen Frieden und unsere politische Stabilität beneiden. Dazu haben unsere Gewerkschaften wesentlich beigetragen. Ihre verantwortungsbewußte Haltung für Staat und Gesellschaft war aus ihrer Geschlossenheit und Stärke möglich.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung der Ersten Republik wird der Wert und Vorteil - und zwar für das gesamte Land- und das Sinnvolle der Zusammenarbeit der Wirtschaftspartner, aber auch der Gewerkschaft und Regierung besonders deutlich.

Dies ist auch bei allen gelegentlichen unterschiedlichen Interessensstandpunkten, die auf beiden Seiten hart vertreten werden müssen, die Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Finanzminister.

Aus der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Zielsetzung, die Sicherung der Arbeitsplätze als wichtigste Aufgabe zu sehen, konnte die Kraft gewonnen werden, die Fehler der Ersten Republik zu vermeiden und in der Wirtschaftspolitik den österreichischen Weg trotz zeitweise stürmischer Wetterlage der Weltwirtschaft konsequent zu verfolgen.

Als Ergebnis können wir festhalten:

o Während 1950 die österreichische Wirtschaft erstmals in der Nachkriegsgeschichte das Volumen vor Eintritt in den Ersten Weltkrieg erreichte, vermehrte sich das reale Bruttonationalprodukt seither auf das Vierfache.

o Während die Industrie erstmals 1950 mehr produzierte als 1913, ist die Produktion heuer nahezu fünfmal höher.

o Das Investitionsvolumen erreichte ebenfalls 1950 zum erstenmal den Wert von 1913, um sich seither gleichfalls fast zu verfünffachen.

o In den Jahren 1970 - 1979 wuchs die österreichische Wirtschaft real um 51,4 % . In Europa erzielten nur Norwegen und Frankreich höhere Wachstumsraten. Auch im laufenden Jahr wird Österreich mit einer erwarteten Wachstumsrate von 4,5 % im Spitzenfeld der OECD-Staaten liegen.

o Österreich war in diesem Zeitraum mit einer Inflationsrate von durchschnittlich 6,1 % in Europa hinter der Schweiz und der BRD Stabilitätsland. Inzwischen sind wir sogar das preisstabilste Land geworden.

- o Die Zahl der Beschäftigten hat sich im Zeitraum 1970 - 1978 um rd. 400.000 erhöht. Dies bedeutet, daß im Durchschnitt jede Woche 1.000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Auch 1979 werden von Monat zu Monat neue Rekordstände der Beschäftigung gemeldet. Die Arbeitslosenrate von 1,2 % im August ist eine der niedrigsten in der Welt.

- o Das durchschnittliche reale Pro-Kopf-Einkommen eines Arbeitnehmers schwankte bis 1950 um den Wert von 1913, um seither auf das rund vierfache anzusteigen.

- o Im gewogenen Durchschnitt ist unsere Währung in diesem Jahrzehnt rd. 25 % härter geworden.

- o Mit der manchmal von bestimmten Industriekreisen angefeindeten Hartwährungspolitik konnten wir die Grundlage unseres Stabilitätserfolges festigen.

Der Schilling gehört heute zu den harten Währungen der Welt.

- o Die Währungsreserven sind zwischen 1970 und Juli 1979 von 45,7 Mrd S auf rd. 78 Mrd S gestiegen.
- o Im gleichen Zeitraum haben die Spareinlagen von 131 Mrd S auf 440 Mrd S zugenommen.
- o Die Nettogeldkapitalbildung betrug 1970 29,8 Mrd S und hat 1978 bereits rd. 100 Mrd S erreicht.
- o Die Leistungsfähigkeit des Kapitalmarkts hat beträchtlich zugenommen. Das Nettoemissionsvolumen ist von 5,7 Mrd S 1970 auf 46 Mrd S im Jahr 1978 gestiegen.
- o Die Exporte stiegen von 74,3 Mrd S im Jahr 1970 auf etwa 200 Mrd S im Jahr 1979. Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate beträgt damit 11,6 %.

Wirtschaftlicher Aufstieg, politische Stabilität, sozialer Frieden und wachsender Wohlstand haben dazu geführt, daß aus dem Staat, den keiner wollte, ein gutes Vaterland für alle Österreicher in der Zweiten Republik entstand.

Dieser gemeinsame Erfolg sollte nicht durch Einzelinteressen oder falsch verstandene regionale Partikularinteressen in eine vordergründige Diskussion gezogen werden. Österreich ist ein föderativer Bundesstaat, bestehend aus neun gleichberechtigten Bundesländern - so soll es auch bleiben.

Liebe Kolleginnen!

Liebe Kollegen!

Die Raschlebigkeit unserer Zeit kommt am augenfälligsten in der technischen Entwicklung und in der Änderung unserer gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen zum Ausdruck.

Mit der Einführung der Landwirtschaft und der Sesshaftwerdung des Menschen erfolgte eine technische Revolution, die 8 1/2 Jahrtausende, bis zum frühen Mittelalter andauerte.

Die nächste Periode dauerte mehr als 1000 Jahre und endete mit dem Siegeszug der industriellen Revolution am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts.

Innerhalb dieser Entwicklung können wir eine deutliche Beschleunigung der einzelnen Phasen feststellen, wobei wir derzeit am Beginn einer Phase stehen, von der noch nicht klar ist, ob es sich nur um einen weiteren Schritt oder um den Beginn einer neuen Revolution handelt.

Dinge, die heute fester Bestandteil unseres täglichen Lebens sind, waren vor noch wenigen Jahrzehnten Utopien phantasiebegabter Menschen. Jeder 30- bis 40jährige kennt die Welt noch ohne EDV, Kernenergie, Taschenrechner und Geschirrspüler und ohne Pille; künstliche Monde, Weltraumstationen oder gar Menschen auf dem Mond waren für sie kühne Phantastereien der Science-Fiction-Literatur.

Für den heute 50jährigen gab es in seiner Jugend kein Fernsehen, keine Düsenflugzeuge und auch kein EKG und kein Penicillin. Reine Luft und sauberes Wasser waren noch selbstverständliche, im unerschöpflichen Überfluß vorhandene Gaben der Natur.

Heute so selbstverständliche Einrichtungen und Gegenstände wie Autobahnen, Schilifte, Radio und Staubsauger waren den 60- bis 70jährigen in ihrer Jugend nicht bekannt. Im ersten

Jahrzehnt dieses Jahrhunderts war die Welt noch ohne Kunstfaser, und keiner der damals Geborenen erahnte, daß er sich schnurstracks hin zum Mitglied der Wegwerfgesellschaft bewegte.

Große Veränderungen bestimmen aber auch andere Lebensbereiche. Der erste Kollektivvertrag wurde 1896 von den Buchdruckern abgeschlossen, am Beginn des gewerkschaftlichen Kampfes zur Humanisierung der Arbeitswelt stand die Forderung nach dem Achtstundentag und der einwöchige Mindesturlaub war ein großer sozialer Fortschritt der Sozialgesetze des Jahres 1919.

Diese globalen Zahlen stellen nur unzulänglich jene Veränderungen dar, die in unserem täglichen Leben, in unseren Gewohnheiten und Verhaltensweisen eingetreten sind.

Inzwischen ist die tatsächlich geleistete Arbeitszeit von durchschnittlich 43 Wochenstunden auf 34 Stunden gesunken, der Mindesturlaub beträgt 4 Wochen. Dementsprechend hat sich der Anteil der Freizeitausgaben am privaten Konsum verdreifacht.

Führen vor 15 Jahren rd. 30 % der Österreicher auf Urlaub, so treten heute bereits 50 % aller Österreicher eine Urlaubsreise an.

Davon wieder rund die Hälfte ins Ausland.

Jeder 16te Haushalt besaß 1960 einen PKW, heute entfällt im Durchschnitt auf nahezu jeden Haushalt ein Automobil.

Die Rundfunk- und Fernsehdichte hat sich stark erhöht: Von 100 Haushalten besaßen 1955 77 einen Radioapparat, heute hat jeder Haushalt zumindest einen.

Ober 95 % der Haushalte besitzen einen Fernsehapparat, 1961 waren es erst 13 %.

Dies ist Ausdruck der Wohlstandssteigerung. Dies drückt sich auch darin aus, daß für einen Anzug 1955 durchschnittlich 162 Stunden gearbeitet werden mußte, heute 55 Stunden; für ein Kilo Brot 1/2 Stunde, heute 1/4 Stunde, für ein Kilo Butter 5 Stunden, heute knapp 1 3/4 Stunden, für eine Kilowattstunde Strom 4 1/2 Minuten und heute weniger als 1 1/2 Minuten.

Jeder 10te Schüler besuchte eine weiterführende Schule im Vergleich zu jetzt mit jedem fünften. Rund 2 % der Jugendlichen eines Jahrgangs inskribierten an einer Hochschule im Vergleich zu derzeit 9 %.

Liebe Kollegen!

Liebe Kolleginnen!

Vor dem Hintergrund des Erreichten müssen wir unsere Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft sehen.

Auch in der aktuellen wirtschaftlichen Situation bleibt die Sicherung der Arbeitsplätze die wichtigste Zielsetzung unseres wirtschaftlichen und politischen Handelns.

Die Erfolge der Vergangenheit und die gegenwärtig gute Beschäftigungs- und Konjunktursituation - dürfen uns nicht blind für die Gefahr machen, wovor uns jederzeit ein Blick über die Grenzen und damit in die Situation und Probleme der Weltwirtschaft überzeugen müßte.

Die Sicherung der Vollbeschäftigung verlangt, daß wir in unserer mittelfristigen Wirtschaftspolitik sehr darauf achten,

o daß die Stabilitätserfolge abgesichert,

o daß wir unsere Außenhandelsbilanz in Ordnung halten,

- o daß wir die Strukturen unserer Wirtschaft verbessern,
- o daß wir die Energieversorgung sicherstellen
- o und daß wir die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte, damit vor allem auch des Bundeshaushaltes stärken.

Nur durch eine zielstrebige Strukturpolitik werden wir auch die Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze erreichen und eine genügend große Anzahl zusätzlicher schaffen können. Wie dringend notwendig dies ist, zeigt die jüngste demographische Untersuchung. Die Weltbevölkerung wächst zur Zeit mit einer jährlichen Rate von 2 %. Sie beträgt gegenwärtig 4 Mrd und wird im Jahr 2000 zwischen 5,8 und 6,6 Mrd betragen.

Das Bevölkerungswachstum wird nach Ländern und Regionen stark differenziert sein. In den OECD-Ländern und in Osteuropa wird die Bevölkerung nur um 0,4 % jährlich zunehmen (in der Dritten Welt jedoch um 2 bis 3 %). Der Anteil der OECD an der Weltbevölkerung wird von 20 % auf 15 % sinken. Das rasche Bevölkerungswachstum in

der Dritten Welt ist die Folge sinkender Sterblichkeitsraten mit anhaltend hohen Geburtenraten.

Die österreichische Bevölkerung wird in den 80er Jahren leicht zurückgehen (- 0,05 % p.a.). Für 1980 ist ein Bevölkerungsstand von 7,486 Mio, für 1990 von 7,453 Mio Einwohnern zu erwarten. Der rückläufige Trend wird sich in den 90er Jahren beschleunigen (- 0,07 % p.a. auf 7,399 Mio Einwohner im Jahr 2000).

Die auffallendsten Entwicklungen der Altersstruktur in den 80er Jahren sind einerseits die Abnahme der Kinderzahl, andererseits der stark wachsende Anteil der Bevölkerung im Alter von 20 bis 29 Jahren.

Für die Wirtschaft ist bedeutsam, daß in den 80er Jahren die Zahl der Erwerbsfähigen - und bei leicht steigender Erwerbsquote - noch mehr die der Erwerbstätigen relativ zunehmen wird. Die Zahl der Erwerbstätigen wird von 3,311 Mio (1980) auf 3,438 Mio (+ 0,5 % p.a.) zunehmen. Der Frauenanteil wird dabei annähernd konstant (39,4 bzw. 39,2 %) bleiben. Innerhalb der Erwerbstätigen wird der Anteil der jungen und älteren Jahrgänge anteilmäßig zurückgehen, der der mittleren (30 bis 50jährigen) rasch zunehmen.

Liebe Freunde, eine kurze Bemerkung noch zu der Absicherung unserer erreichten Stabilitätserfolge:

Die jüngst vorgenommene Aufwertung des österreichischen Schillings ist vor allem unter den stabilitätspolitischen Erfordernissen zu sehen. 1,5 % Kursstärkung des österreichischen Schillings bedeuten nämlich 0,5 % weniger Preissteigerungen und bei voraussichtlichen Energieimporten von rd. 30 Mrd S kann damit für die Wirtschaft eine Kostenentlastung von etwa 450 Mio S erreicht werden.

Es gibt keinen vernünftigen Grund, vom erfolgreichen Kurs der Hartwährungspolitik abzuweichen.

Liebe Kolleginnen,
Liebe Kollegen!

In der schwersten Rezession galt es, die Vollbeschäftigung durch das Bundesbudget zu sichern. Die entsprechenden Mittel mußten in einem hohen Maße durch die Aufnahme von Krediten beschafft werden.

Dennoch ist die Verschuldung unseres Landes nicht besorgniserregend. Im internationalen Vergleich gehört Österreich zu den am geringsten verschuldeten Ländern.

Der unvermeidbare Preis ist ein höherer Zinsen- und Schuldendienst, der den Handlungsspielraum des Budgets einschränkt. Wir sind gut beraten, diesen Spielraum so rasch als möglich zu vergrößern, um die Leistungsfähigkeit des Budgets zu erhalten.

Präsident Benya hat dazu klar formuliert: "Wenn Vollbeschäftigung Vorrang hat, dann muß alles andere Nachrang haben, man kann nicht alles maximal und gleichzeitig haben. Wir haben uns in diesen vier Jahren nicht beirren lassen durch Popularitätshascherei oder Lizitation, wir sind unseren Weg gegangen. Und wenn wir zurückblicken, können wir sagen: Der Erfolg gibt uns recht."

Das Budget wurde aber nicht nur ausschließlich von der Arbeitsplatzsicherung belastet. Denn die Bundesregierung hatte seit Beginn der 70er Jahre einen großen Nachholbedarf an Reformen zu finanzieren und zu bewältigen.

Und wir haben - liebe Kolleginnen und Kollegen - seit es die Regierung Kreisky gibt, immerhin fünfmal die Steuern gesenkt. Ohne diese Steuersenkungen hätten wir heute überhaupt kein Budgetdefizit.

Zu Reformen, Arbeitsplatzsicherung und Steuersenkung sind vor allem aber auch die großen Leistungen im sozialen Bereich zu nennen.

Wir müssen auch davon ausgehen, daß unser Sozialstaat auf der Leistungskraft der Menschen dieses Staates beruht.

Um die erwünschten Sozialleistungen erbringen zu können, ist sehr viel Geld erforderlich, das logischerweise erwirtschaftet werden muß, wofür eine gesunde und wachsende Wirtschaft Voraussetzung ist.

Wir müssen uns daher auch darüber im klaren sein, daß Forderungen an die Gemeinschaft im Einklang mit der Bereitschaft zur Leistung für die Gemeinschaft stehen müssen, als Ausdruck einer sinnvollen Verbindung von Individualität und Gemeinschaftswohl.

Das dicht geknüpfte Netz der sozialen Sicherheit mit einer hohen materiellen Absicherung schafft erst Freiheit von Angst und Not und eröffnet damit erst neue Freiheitsräume für die eigene Selbstverwirklichung und Selbstgestaltung.

Das Fundament der Sozialpolitik ist die Solidarität der Generationen. Wir erhalten sie tragfähig, indem wir die Struktur- und Finanzierungsprobleme lösen und der Sozialpolitik neue Inhalte geben.

Dazu gehört, daß wir uns mehr und gezielter um jene kümmern, die im Schatten stehen. Wir konnten bei der Bekämpfung der Armut große Fortschritte erzielen, aber immer größer wird die Zahl jener alten Menschen, die oft in bedrückender Einsamkeit leben müssen.

Es ist sicher ein Gebot des sozialen Engagements und der Solidarität, daß wir hier mehr tun als bisher.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Geschichte lehrt, daß über lange Zeiträume komplexe wechselseitige Beziehungen zwischen Wertvorstellungen, gesellschaftlichen Strukturen und wirtschaftlichen Entwicklungen bestehen.

Zu Beginn unseres Jahrhunderts arbeitete man, um zu leben. Das Ziel bestand in der Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse: den Hunger zu stillen, etwas zum Anziehen, ein Dach über dem Kopf zu haben.

Heute erwarten sich viele Menschen von der Arbeit nicht nur Einkommen, sondern auch persönliche Erfüllung, Anerkennung, Verwertung der gegebenen Fähigkeiten, Herausforderung, zwischenmenschliche Kontakte.

Unter all diesen Aspekten erhält die Diskussion um die Verkürzung der Arbeitszeit eine neue Dimension:

Sie ist vor allem auch unter der notwendigen Humanisierung der Arbeitswelt zu sehen.

In einer humanisierten Arbeitswelt muß der Mensch jenes Maß an Befriedigung und Selbstverwirklichung erreichen können, wie es der Würde des Menschen entspricht. Dies gilt auch für die Gestaltungsmöglichkeiten einer größeren Freizeit.

Zur Humanisierung der Arbeitswelt gehört auch die Gleichberechtigung der Arbeit und der Leistung der Frauen.

Es muß auch akzeptiert sein, daß die Diskussion um die Humanisierung der Arbeitswelt nicht nur auf den Arbeitsplatz bezug haben kann. Sicher gehört dazu die Mitbestimmung als Ausdruck sozialer Demokratie sowie Mitgestaltung und Mitverantwortung in einer funktionierenden Wirtschaftsordnung.

Von der Verwirklichung wird in hohem Maße abhängig sein, was mit "Lebensqualität" bezeichnet wird.

Liebe Kolleginnen,

liebe Kollegen!

Bei vielen ernst zu nehmenden Menschen machte sich während der letzten Jahre tiefer Pessimismus bemerkbar. Der Erfolg des wirtschaftlichen Aufstiegs wurde von der Sorge um die Belastbarkeit der Umwelt und die Begrenztheit der auf der Erde vorhandenen Rohstoffe überschattet.

Der Triumph des technischen Fortschritts wurde gleichzeitig als Ursache für die hartnäckig anhaltende Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten empfunden.

Die friedliche Nutzung der Atomenergie, zwanzig Jahre hindurch als die einzig erstrebenswerte Energiequelle der Zukunft gepriesen, geriet in den Strudel plötzlich aufgebrochener Ängste.

Und tatsächlich: es war Zeit, sich die Frage nach den Folgen ungehemmten Wachstums zu stellen und sich um die Kehrseite der industriellen Entwicklung zu kümmern.

Diese Stimmung artikulierte sich an provokanten Fragen wie:

Was sollen wir mit immer mehr Freizeit, wenn wir gleichzeitig die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung zerstören?

Was sollen wir mit mehr Wohlstand, wenn wir damit gleichzeitig große Schäden an unserer Umwelt verursachen?

Und was soll das Wachstum in den Industriestaaten, wenn gleichzeitig der Hunger in Teilen der Welt immer unerträglicher wird?

So wie das Pendel in den Nachkriegsjahren für einen ungehemmten Fortschritt ausschlug, so drohte es in die andere extreme Richtung mit Nullwachstum und sozialromantische Lösungen auszuschlagen.

Die Forderung nach Nullwachstum ist aber eine unsinnige Antwort für die Bewältigung der negativen Wachstumsfolgen.

Sie ist außerdem ein äußerst unsoziales und reaktionäres Verlangen, denn Wachstum ist die Voraussetzung zur Bekämpfung der Armut in der Welt.

Um weiterhin eine zufriedenstellende wirtschaftliche und damit politische Entwicklung zu erreichen, brauchen wir den technischen Fortschritt und müssen die Möglichkeiten neuer Technologien im nationalen und erst recht im globalen Maßstab nützen können. Aber wir tun gut daran, die Auswirkungen zu kontrollieren, um Schaden zu vermeiden. Die marktwirtschaftlichen Kräfte sind dazu allein nicht in der Lage, weil ihr Zeithorizont meist zu kurz ist und sie externe Kosten nicht beachten.

Liebe Kolleginnen!

Liebe Kollegen!

Einer der Schwerpunkte unserer Bemühungen ist es auch, eine insgesamt gesehen moderne und internationalwettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur zu schaffen. Nur leistungsfähige Unternehmen können dem internationalen Wettbewerbsdruck auf Inlands- und Aus-

landsmärkten standhalten und die Arbeitsplätze halten. Dazu gehören:

- o die Forcierung der Produktion von Konsumgütern gehobenen Bedarfs, die in Qualität und modischer Ausrichtung dem Charakter und den Erfordernissen der heimischen und der ausländischen Nachfrage stärker entsprechen.
- o Forcierung entwicklungsintensiver und facharbeiterintensiver Produktionen, denn hier haben wir ein reiches Reservoir befähigter Mitarbeiter,
- o Forcierung von kleineren Spezialitätenserien anstelle von Massenproduktionen,
- o Forcierung neuer Bereiche wie etwa Umweltschutz, Information und Energieversorgung.

Im engen Zusammenhang mit der Strukturpolitik steht auch die erhöhte Notwendigkeit und Bereitschaft zu mehr beruflicher Mobilität. Angesichts der raschen weltweiten Veränderungen kann das Recht auf Arbeit nicht gleichzeitig das Recht auf einen Arbeitsplatz vor der Haustüre bedeuten.

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen!

Einer der wichtigsten Grundwerte der Gewerkschaftsbewegung
ist die Solidarität -
national
wie international.

Willi Brandt hat das wachsende Spannungsverhältnis zwischen
den Industriestaaten und den Staaten der Dritten und Vierten Welt
als die soziale Frage des 20. Jahrhunderts bezeichnet.

Dieses soziale Spannungsverhältnis erhält mit der Bewußt-
seinsbildung der Menschen in den Entwicklungsländern, daß der
Wohlstand der Industrieländer auf dem billigen Abbau ihrer - soweit
überhaupt vorhandenen Naturschätzen - beruht, eine politische Dimension.

Die Angst um den Frieden in der Welt wird hoffentlich die
Bereitschaft zu größerer Verteilungsgerechtigkeit erhöhen.

Liebe Kolleginnen,

Liebe Kollegen!

Wir sind keine Propheten und wollen auch keine sein. Wir können aber auf der Basis der gegenwärtig erkennbaren Entwicklung Schlüsse für die Zukunft ziehen und wir können auf der Basis unserer Wertvorstellungen Strategien entwickeln.

Die erste wirtschaftspolitische Aufgabe bleibt die Sicherung der Arbeitsplätze und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Eng in Zusammenhang damit steht die Erhaltung der Stabilität und ein in quantitativer und qualitativer Hinsicht ausreichendes Wirtschaftswachstum.

Das Energieproblem muß gelöst werden.

Um das zu bewältigen werden wir Verständnis, Unterstützung und Entschlossenheit brauchen, Pessimismus oder Fatalismus helfen nichts. Unsere Situation ist erfreulicherweise gekennzeichnet, durch politische Stabilität und sozialen Frieden und Zusammenarbeit. Wobei

die Wirtschaftspartner, insbesondere die Gewerkschaften, einen besonderen Beitrag geleistet haben. Zum Unterschied zur Ersten Republik haben wir inzwischen das nötige Selbstbewußtsein zur Lösung von Problemen gewonnen. Der Gewerkschaftsbewegung wird dabei eine wichtige Rolle der Mitgestaltung und der Mitverantwortung zukommen.

Was wir vor allem brauchen ist Phantasie, um uns neue Methoden vorstellen zu können, Verstand, um sie aufzubereiten, und Mut, sie zu erproben.